



Antrag

der Abgeordneten **Joachim Unterländer, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Markus Blume, Dr. Ute Eiling-Hütig, Judith Gerlach, Dr. Thomas Goppel, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Sandro Kirchner, Martin Neumeyer, Helmut Radlmeier, Dr. Hans Reichhart, Stefan Vogel CSU**

Runder Tisch zur Verbesserung der Situation der Suchtfachkliniken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur Definition und Bewältigung aktueller Problemstellungen bayerischer Suchtfachkliniken einen Runden Tisch einzurichten, im Rahmen dessen die Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung in Bayern und die betroffenen Träger unter Moderation der Staatsregierung einen für beide Seiten gangbaren Weg entwickeln können.

Zugleich wird die Staatsregierung aufgefordert, verstärkt in einen Dialog mit Vertretern der Renten-, Gesundheits- und Sozialpolitik auf Bundesebene zu treten, um strukturelle Verbesserungen für die Suchtfachkliniken zu erreichen.

Begründung:

Mehrere bayerische Suchtfachkliniken befinden sich zunehmend in einer prekären Situation: Die ohnehin im Bundesvergleich relativ niedrigen Pflegesätze reichen nicht aus, um die zwischenzeitlich aufgelaufenen Investitionsbedarfe abzudecken. In der Folge stehen nicht wenige Kliniken vor dem Aus. Damit würden jedoch bewährte Strukturen ersatzlos aufgegeben, was Bayern aus Versorgungsgesichtspunkten kaum hinnehmen kann. Es ist daher zügig eine Lösung für die sich zuspitzende Lage zu finden. In anderen Ländern wie Baden-Württemberg und Niedersachsen ist es gelungen, dass Rentenversicherung und Klinikträger zunächst eine gemeinsame Problemfeststellung zur angespannten finanziellen Situation der Kliniken getroffen haben. Auf Grundlage dieser gemeinsamen Erklärung sollen jetzt Lösungsansätze für eine nachhaltige Verbesserung erarbeitet werden.

Auch in Bayern erscheint dieser Weg erfolgversprechend. Ein Runder Tisch unter Moderation der Staatsregierung kann das notwendige Format für die gemeinsame Entwicklung von Verbesserungsmöglichkeiten bieten. Darüber hinaus soll sich die Staatsregierung flankierend auf Bundesebene für strukturelle Änderungen zugunsten der Suchtfachkliniken einsetzen.